

Caritas hilft Werkvertragsarbeitern

Fazit: Vor einem Jahr hat die Caritas eine Beratungsmöglichkeit für die mehr als 4.000 prekär Beschäftigten eingeführt. Seit dem hat sie fast 1.500 Gespräche mit Hilfesuchenden geführt. Und die sind dringend nötig

Von Matthias Gans

■ **Kreis Gütersloh.** Trotz Einführung des Mindestlohns, trotz Selbstverpflichtung der Arbeitgeber, nur deutsche Subunternehmer unter Vertrag zu nehmen: die Arbeits- und Lebensverhältnisse der mehr als 4.000 Werkvertragsarbeitern im Kreis Gütersloh haben sich nach Aussage des Caritasverbands Gütersloh und des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) kaum verbessert. Das ist das Fazit, das die Caritas nach einjähriger Beratungstätigkeit von betroffene Arbeitnehmern zieht.

Dennoch, oder gerade deshalb, sieht Caritas-Vorstand Volker Brüggjenjürgen die Beratung als erfolgreich an. „Uns ist es innerhalb kurzer Zeit gelungen, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, die ansonsten staatlichen Institutionen eher misstrauen“, so Brüggjenjürgen. Das drückte er auch in Zahlen aus: Rund 155 Familien mit insgesamt rund 500 Personen wurden in 1.489 Beratungsgesprächen unterstützt.

Mit der rumänischsprachigen Cornelia Hedrich und der polnischsprachigen Hanna Helmsorig sind auch zwei Beraterinnen darunter, zu denen die Arbeiter unkompliziert in Kontakt treten können. Katrin Haude und Almuth Stork verstärken das Beraterteam, das in Herzebrock-Clarholz sowie in Rheda-Wiedenbrück berät, koordiniert von Frank Börgerding, Leiter des Kreisfamilienzentrums Herzebrock-Clarholz.

Unglaubliches erfahren die Frauen in den Gesprächen. So wird von einem alleinerziehenden, in Teilschichten arbeitenden Vater berichtet, der mit seinen Söhnen in einem Zimmer wohnt, für das er 600 Euro Miete zahlen muss. Wer seinen Job verliere, verlöre auch oft unmittelbar seine Wohnung. In einem Fall habe man noch zwei Tage Übergangszeit mit dem Subunternehmer heraushandeln können, berichtet Hanna Helmsorig. Wäre das nicht gelungen, wäre der Mann auf der Straße gelandet. Die Caritas habe dann die Rückreise organisiert.

Der Verdienst ist – trotz Mindestlohns – schmal. Wer krank wird, dessen Miete wird erhöht, pro Tag um zehn Eu-



Bilden die Mehrheit in der Produktion: Arbeiter mit Werkverträgen bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück.

FOTO: DPA



Sorgen für die Beratung der Werkvertragsarbeiter: Katrin Haude (v.l.), Frank Börgerding, Hanna Helmsorig und Cornelia Hedrich vom Caritasverband Gütersloh.

FOTO: MATTHIAS GANS

ro, das habe man schon oft erleben müssen. Diese Armut, diese Hilflosigkeit und die mangelnde Perspektive, dass es irgendwann einmal besser wird, belastet gerade auch die Kinder. „Sie leiden unter den Umständen am meisten“, sagt Volker Brüggjenjürgen.

Er kann es auch nicht fassen, dass Privatleute ihre Wohnungen zu Wucherpreisen vermieten. In Verl-Sürenheide seien in einem Haus einzelne Zimmer vielfach belegt, so dass insgesamt rund 100 Menschen in einem Hause wohnen. Und von jedem Einzelnen würden 100 Euro Miete im Monat verlangt, berichtet Szabolcs Sepsi vom DGB-

Projekt „Faire Mobilität“ in Dortmund (von den Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit finanziell unterstützt), das sich im Teilbereich „Fleischindustrie“ um die dort Beschäftigten kümmert und das eng mit dem Caritasverband zusammenarbeitet.

Zwar seien die ganz schlimmen Zeiten vorbei, als die heimischen Unternehmen Werkverträge mit ausländischen Briefkastenfirmen geschlossen haben und die Beschäftigten noch häufig ohne Krankenversicherung arbeiten mussten. Mittlerweile garantiere eine Selbstverpflichtung der Arbeitgeber, dass die Subunternehmen in Deutschland an-

sässig seien. Dennoch: „An dem Prinzip, möglichst günstig zu produzieren und den Verschleiß der Arbeiter billigend in Kauf zu nehmen, hat sich nichts geändert“, so der Gewerkschaftsmann.

Trotz Mindestlohns sei auch die Entlohnung häufig ein Problemfall. Bis zu 50 Überstunden würden anfallen, die oft nicht entlohnt würden. Streit gebe es auch darüber, was Arbeitszeit sei und wie viel Zeit für das Schleifen der Messer oder das den Hygienestandards genügende Umziehen benötigt werde. Eine vom Gericht angeordnete Klärung durch einen Gutachter vor Ort konnte nicht durchgeführt werden, weil Tönnies den Zugang zum Gelände verweigert habe mit der Begründung, dass man mit dem Prozess nichts zu tun habe, weil er das Subunternehmen betreffe. Das Gericht habe diese Argumentation nachvollziehen können, die Zahlungen stünden noch heute aus.

Abhilfe könnte laut Sepsi und Brüggjenjürgen darin bestehen, die per Werkvertrag Beschäftigten in ein festes Arbeitsverhältnis zu bringen. Die auch von Tönnies vorgebrachten Gründe, dass man keine festen Kräfte finden

könne und die Arbeiter daran kein Interesse hätten, kann Sepsi entkräften. Entsprechende Bewerbungen seien abgelehnt worden, oft mit dem Hinweis auf mangelnde Sprachkenntnisse. Diese seien jedoch häufig durch die Unternehmen selbst verschuldet, da die Sprachkurse mit ihren festgelegten Zeiten wegen plötzlich angeordneter Überstunden nicht besucht werden könnten. „Es handelt sich nicht um Einzelfälle“, sagt Szabolcs Sepsi. „Das ist das System.“

Umso mehr sieht Volker Brüggjenjürgen hier einen Grund für ein katholisches Wohlfahrtsunternehmen, zu helfen. Der Impuls dazu kommt direkt vom Erzbischof Paderborn, genauer: vom Vorsitzenden des Caritasverbands, Thomas Witt, und der sieht die 100.000 Euro, die aus dem Armutsfond dafür pro Jahr gezahlt werden, gut investiert. Auf drei Jahre ist das Projekt angelegt, doch Brüggjenjürgen ist entschlossen, hier „kein Strohfeuer“ zu veranstalten und im Bedarfsfall zu verlängern. Auch, weil man gewerblichen Beratern, die mit dubiosen Methoden die Arbeiter um ihr Geld brächten, nicht das Feld zu überlassen.

www.caritas-guetersloh.de